



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direktion für Gesundheit und Soziales GSD
Route des Cliniques 17, 1701 Freiburg

Direction de la santé et des affaires sociales DSAS
Direktion für Gesundheit und Soziales GSD

Route des Cliniques 17, 1701 Freiburg

T +41 26 305 29 04, F +41 26 305 29 09
www.fr.ch/gsd

—
Unser Zeichen:
E-Mail: dsas@fr.ch

An die Präsidentinnen und Präsidenten der
Sozialkommissionen SHG
An die regionalen Sozialdiensten SHG

Freiburg, 5. November 2014

Zahlungen aus dem Soforthilfefonds für die Opfer früherer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen (FSZM) und anderer Fremdplatzierungen vor 1981

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Frau Amtsvorsteherin, sehr geehrter Herr Amtsvorsteher,
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der politischen Aufarbeitung früherer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen vor 1981 (wie z.B. administrative Versorgungen oder Zwangssterilisierungen) und anderer Fremdplatzierungen wurde Anfang Juni diesen Jahres ein Soforthilfefonds eingerichtet. Opfer von früheren FSZM und anderen Fremdplatzierungen, welche heute in finanziellen Notsituationen sind, können von diesem Fonds schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten (in der Regel einmalige Zahlungen zwischen 4'000 bis 12'000 Franken).

Damit der Soforthilfefonds seinen Zweck erfüllen kann, ist zu gewährleisten, dass aus den Leistungen des Fonds keine ungewollten Umkehrfolgen entstehen. Es ist deshalb erforderlich, sicherzustellen, dass die Leistungen aus dem Soforthilfefonds anrechnungsfrei gewährt werden, bzw. dass aufgrund der Leistungen aus dem Fonds keine Sozialhilfe oder andere Bedarfsleistungen der betroffenen Personen gekürzt oder gestrichen werden.

Folglich bitte ich Sie, die Empfehlungen der SODK zu folgen, d.h. dass die Leistungen aus dem „Soforthilfefonds für die Opfer früherer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen (FSZM) und anderer Fremdplatzierungen vor 1981“, keine Kürzung oder Streichung der Sozialhilfe oder anderer Bedarfsleistungen zur Folge haben.

Freundliche Grüsse

AC Demierre
Anne-Claude Demierre
Staatsrätin